K-5-3566 Vielfalt leben – in Freiheit und Gleichheit

Antragsteller*in: LAG Europa
Beschlussdatum: 22.02.2021

Änderungsantrag zu K-5

Von Zeile 844 bis 852:
~~In~~ Berlin profitiert seit Jahrhunderten davon, dass Menschen aus anderen Ländern hier ein neues Zuhause finden - egal ob freiwillig in der Hoffnung auf ein besseres Leben, auf der Suche nach neuen Herausforderungen oder unfreiwillig die alte Heimat aufgebend. Sie bringen neue Ideen mit, bereichern die Stadt mit ihren einzigartigen Erfahrungen und sorgen für soziale wie technologische Innovationen. Hier
ist die postmigrantische Einwanderungsgesellschaft schon lange Realität und in den kommenden Jahren wird sie noch pluraler werden, als sie es jetzt schon ist~~.~~: Etwa drei von zehn Berliner*innen haben einen Migrationshintergrund, etwa die Hälfte davon besitzt den Pass eines anderen EU-Landes.
Nun gilt es, diese Realitäten in Politik und Verwaltung abzubilden. Es muss unser Ziel sein, ein friedliches, gerechtes und freies Leben für alle Berliner*innen zu ermöglichen. Dafür werden wir das Berliner Landesamt für Einwanderung zu eine~~r~~m echten ~~Willkommensbehörde~~Welcome Center weiterentwickeln und alle nötigen Kompetenzen für eine gelingende Einwanderung – vom Aufenthaltsrecht über die Versorgung und Unterbringung bis zum Integrationskurs – bündeln.
~~[Leerzeichen]~~Die ~~Willkommensbehörde~~ neuen Einwohner*innen der Stadt werden bei dieser Behörde - nach dänischem Vorbild - alle Amtsgeschäfte mit Landes- und Bezirksbehörden nach dem Prinzip des einzelnen Schalters auch in Fremdsprachen anstoßen können. Menschen ohne ausreichende Deutschkenntnisse werden von der Behörde im Umgang mit der Verwaltung unterstützt. Durch gezielte Informations- und Beratungsangebote auf Englisch sowie nach Möglichkeit in weiteren Fremdsprachen soll ihnen auch dabei geholfen werden, mit Herausforderungen des Alltags zurechtzukommen. Dazu wird das Welcome Center die Zusammenarbeit mit darauf spezialisierten Einrichtungen wie der Verbraucherzentrale Berlin, dem Berliner Mieterverein, den Sozialverbänden und den Gewerkschaften usw. suchen, bei denen die Bereitstellung solcher Angebote mit zusätzlichen Landesmitteln ermöglicht werden soll.
Das Welcome Center soll der für Integration zuständigen Senatsverwaltung unterstellt werden. Ebenso soll die Zuständigkeit für das Aufenthaltsrecht nicht länger im Innenressort

Begründung

Das bestehende "Willkommenszentrum Berlin" sollte mit dem Landesamt für Einwanderung zu einem echten "Welcome Center" zusammengeführt werden.

Die Gründung eines Welcome Centers ist in einer Stadt wie Berlin überfällig. Allerdings sollte das zugleich nicht nur das alte Landesamt für Einwanderung unter neuem Firmenzeichen sein, sondern eine Behörde, die für alle Menschen, die egal aus welchen Gründen nach Berlin kommen und dauerhaft hier leben möchten, Unterstützung bietet.

Darunter fallen auch die hunderttausende EU-Bürger*innen, die aus dem Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen und diese Stadt mit ihrer Einzigartigkeit, Ambitionen und Engagement bereichern. Für sie (auch für solche, die seit langen Jahren schon in Berlin leben) ist der Umgang mit Behörden auf Deutsch - ob persönlich, telefonisch oder schriftlich - eine der größten Herausforderungen und Benachteiligungen. Es wird höchste Zeit, das Zeitalter der Mehrsprachigkeit auch in der Berliner Verwaltung einzuläuten. Wichtig ist zudem, dass diese Menschen, denen oft Kenntnisse auch über alltägliche Herausforderungen fehlen, auch von den Beratungsangeboten, die das Land mitfinanziert,

profitieren können. Dafür sind zusätzliche Mittel (auch an externe Träger) für mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote unumgänglich.

P.S.: So läuft's in Dänemark: https://www.nyidanmark.dk/en-us/contact/contact-dalrir/contact_international_citizen_service.htm